



## **Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 12.02.2008

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:40 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Bürgermeister Ogertschnig

Stadträte:

Herr Stadtrat Braig	ab 18:15 Uhr, Top 4
Herr Stadtrat Brenner	
Frau Stadträtin Brunner	
Frau Stadträtin Buttschardt	
Frau Stadtrat Dr.Compter	ab 17:15 Uhr, Top 1
Herr Stadtrat Deeng	
Herr Stadtrat Hagel	
Herr Stadtrat Herzhauser	
Herr Stadtrat Keil	
Herr Stadtrat Kolesch	
Herr Stadtrat Weber	

Stellvertreter:

Frau Stadträtin Fölg	
Frau Stadträtin Kübler	
Frau Stadträtin Vollmer	17:10 Uhr bis 17:15 Uhr
Herr Stadtrat Wiest	

Verwaltung:

Herr Geiger, Rechnungsprüfungsamt  
Frau Leonhardt, Kämmereiamt  
Herr Fessler, Ordnungsamt  
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt  
Herr Hecht, Bauverwaltungsamt  
Herr Kuhlmann, Stadtplanungsamt  
Frau Fischer, Stadtplanungsamt

Herr Kopf, Hochbauamt  
Herr Rechmann, Tiefbauamt  
Herr Stiehle, Tiefbauamt  
Herr Goldammer, Tiefbauamt

entschuldigt:

Herr Stadtrat Prof. Dr.Nuding  
Herr Stadtrat Pfender  
Herr Stadtrat Zügel

## Tagesordnung

<b>TOP-Nr.</b>	<b>TOP</b>	<b>Drucksache Nr.</b>
1.	Umsetzung des Investitionsprogramms "Zukunft, Bildung und Betreuung" (IZBB) Außenanlage Mali-Hauptschule	22/2008
2.	Stadtsanierung Biberach - 2. Erweiterung Sanierungsgebiet "Östliche Innenstadt" -	15/2008
3.	Aufstellung des Bebauungsplans "Bismarckring, Adolf-Pirrung-Straße, Ulmer-Tor-Straße"	17/2008
4.	Um- und Ausbau des Bahnhof Biberach – Erhöhung Bahnsteige	19/2008
5.	Bekanntgaben: Abräumen der Flächen im Baugebiet "Wässerwiesen"	

Die Mitglieder wurden am 31.01.2008 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 05.02.2008 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 22/2008 zur Beschlussfassung vor.

BM Ogertschnig erinnert an das ursprüngliche Konzept mit Gesamtkosten in Höhe von 290.000 €, welches aufgrund der vom Regierungspräsidium Tübingen auf 250.000 € gedeckelten zuschussfähigen Kosten nochmals überarbeitet worden sei. Er weist auf die ausführliche Diskussion innerhalb der Verwaltung hinsichtlich der Einzäunung des Geländes hin und plädiert dafür, auf selbige zu verzichten. Ziel müsse es sein, den Jugendlichen genügend Aufenthaltsräume zur Verfügung zu stellen und so einer Konzentration auf einzelne Flächen vorzubeugen. Er weist auf die entstehenden Mehrkosten in Höhe von 40.000 € u. A. für das vom Deutschen Fußballbund (DFB) finanzierte Streetsoccer-Feld hin.

StR Kolesch betont, notwendiger Bestandteil einer Schule sei ein entsprechend gestalteter Pausenhof und signalisiert seine Zustimmung auch hinsichtlich der Mehrkosten durch das Streetsoccer-Feld. Zweifel gebe es innerhalb der Fraktion jedoch bezüglich des geplanten Verzichts auf die Umzäunung der Außenanlage. Er bittet die Verwaltung hierzu um nähere Informationen, nachdem sich auch die Schulkonferenz zunächst für die Einzäunung ausgesprochen habe. Die Bereitstellung von Flächen für Jugendliche sei zweifellos sinnvoll, der Verzicht auf die Einzäunung erscheine angesichts der tatsächlichen, sachfremden Nutzung allerdings fraglich. Auch könne man sich bei einer Einzäunung die Kosten für die Teerung des Amphitheaters sparen.

StR Keil begrüßt die geplante Gestaltung und erklärt, auch innerhalb der SPD-Fraktion sei das Thema Einzäunung lange diskutiert worden. Einerseits wolle man den Jugendlichen die Nutzung der Spielflächen ermöglichen, sehe jedoch auch das Problem des Vandalismus in den Nachtstunden. Er spricht sich dafür aus, zu Gunsten der Jugendlichen zunächst auf eine Einzäunung zu verzichten und die weitere Entwicklung abzuwarten. Er weist darauf hin, dass am Pestalozzi-Gymnasium nicht die Nutzung des Innenhofes sondern des Parkplatzbereiches an der Schule Probleme bereite.

StR Weber freut der baldige Abschluss der Bauarbeiten an der Mali-Hauptschule. Er stimmt der aus seiner Sicht attraktiven Gestaltung des Platzes zu und ist sich sicher, dass dieser auch außerhalb der Schulzeiten stark angenommen wird, was einer sachfremden Nutzung entgegenwirken könne. Dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Verzicht auf eine teilweise Umzäunung des Areals stimmt er ausdrücklich zu.

StR Compter sieht die Neugestaltung der Außenanlage und insbesondere das Kleinspielfeld als Gewinn für die Schule. Auch seine Fraktion spreche sich gegen die Einzäunung des Geländes aus, da es sich um einen beliebten Treffpunkt für Jugendliche handle und die Umzäunung lediglich zu einer Verlagerung auf andere Plätze führe. Um die Reinigung der Fläche zu erleichtern, werde die Teerung des Amphitheaters befürwortet.

BM Ogertschnig erklärt, Anliegen der Schule sei es, das Schulgelände sauber zu halten. Eine Einzäunung des Areals und damit die Ausgrenzung der Jugendlichen werde aus gesellschafts-politischer Sicht von der Verwaltung jedoch nicht befürwortet. In der Innenstadt gebe es ohnehin zu wenig Bewegungsflächen für Jugendliche; daneben habe er auch gestalterische Bedenken. Er betont, dass der Zaun ohnehin nicht förderfähig sei und bittet deshalb darum, von der Umzäunung zunächst abzusehen. Sollte später Nachbesserungsbedarf bestehen, sei die nachträgliche Umsetzung problemlos möglich. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise werde auch von der Schule mitgetragen.

StR Kolesch betont, dass die Nutzung der Flächen tagsüber selbstverständlich befürwortet werde, die sachfremde Nutzung in den Nachtstunden und am Wochenende jedoch unbestreitbar ein Problem darstelle. Dessen sei sich auch die Verwaltung bewusst, wenn sie die Teerung des Amphitheaters vorschlage, um die Beseitigung von Glasscherben zu erleichtern. Er bittet die Folgekosten für die Beseitigung der Sachbeschädigungen durch die Stadt darzustellen.

BM Ogertschnig stellt klar, dass die Teerung des Amphitheaters allein schon wegen den bereits vorhandenen Scherben im bestehenden weichen Belag angestrebt werde. Das Problem des Vandalismus bzw. der Aufenthaltsräume für Jugendliche werde man weder mit einer Umzäunung noch bei einem Verzicht auf selbige lösen können. Er sei sich sicher, dass bei der Errichtung eines Zaunes auch dieser nicht schadlos bleiben wird und schätzt, dass sich die Betriebskosten für den Zaun bzw. die Beseitigung von Scherben bei dessen Verzicht die Waage halten werden. Er bittet in die Überlegungen auch mit einzubeziehen, dass bei einer Einzäunung die Kinder während des Schulbetriebs hinter diesem Zaun sitzen, was für ihn undenkbar sei.

StR Weber erklärt zu StR Kolesch gewandt, die Grünen-Fraktion bedauere zwar die Versiegelung der Fläche des Amphitheaters, halte die Errichtung eines Zaunes jedoch für das größere Ärgernis. Er plädiere deshalb dafür, den Kindern und Jugendlichen zumindest eine Chance zu geben.

StR Kolesch erklärt sich im Namen der CDU-Fraktion daraufhin mit der von der Verwaltung vorgeschlagenen Lösung einverstanden. Problemlagen dieser Art bittet er in künftigen Vorlagen etwas näher zu behandeln. Er weist darauf hin, dass nicht die Schüler der Mali-Hauptschule, sondern andere Gruppen für die Problemlage verantwortlich seien und bittet die Verwaltung darum, den Bauausschuss über die Entwicklung auf dem Laufenden zu halten.

StR Hagel erklärt, er könne diesen Kompromiss mittragen, spricht sich jedoch insbesondere in der Anfangszeit für regelmäßige Kontrollen aus.

BM Ogertschnig antwortet, der Präsenzdienst werde sich hierum kümmern. Im Wielandpark habe man mit der Zusammenarbeit zwischen Präsenzdienst, Polizei und dem Ordnungsdienst der Stadt gute Erfahrungen gemacht; der Vandalismus halte sich dort seither in Grenzen.

**Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden**

**Beschluss:**

- 1. Der vorgesehenen Änderung der Planung und den dadurch entstehenden Mehrkosten in Höhe von 40.000 € wird zugestimmt.**
- 2. Auf eine teilweise Umzäunung der Außenanlage wird derzeit verzichtet.**

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 15/2008 zur Vorberatung vor.

BM Ogertschnig schickt voraus, die geplante Erweiterung des Sanierungsgebietes „Östliche Innenstadt“ umfasse Maßnahmen, die teilweise bereits Bestandteil des alten Sanierungsgebietes „Altstadt“ waren, die man jedoch nicht habe umsetzen können. Diese Möglichkeit ergebe sich jetzt erneut mit Fördermitteln des Bundes bzw. des Landes, weshalb man dem Regierungspräsidium für die Möglichkeit der Ausweitung des Sanierungsgebietes dankbar sei. Er weist auf den Wert dieser Maßnahmen für die Innenstadt hin und betont, die Abwicklung müsse bis spätestens 2012 erfolgen, was die Verwaltung unter Zugzwang setze. Eng werde es insbesondere deshalb, weil auf notwendige Sanierungen von Tiefgaragen Rücksicht zu nehmen sei. Die Option, sämtliche Maßnahmen umzusetzen, wolle man sich jedoch offen halten.

StR Kolesch befürwortet die Erweiterung des Sanierungsgebietes, bedauert jedoch den schleppenden Verlauf von privaten Modernisierungsmaßnahmen und erkundigt sich nach den Gründen. Zur Sanierung des westlichen Marktplatzes weist er auf den Beschluss des Gremiums hin, die Ausführung nicht zeitgleich mit der Sanierung einer Tiefgarage vorzusehen. Diese Prämisse gelte somit für den angedachten Baubeginn in 2009. Eine Übersicht über die Sanierungsnotwendigkeit der einzelnen Tiefgaragen bittet er dem Gremium in naher Zukunft vorzulegen. Er erkundigt sich, weshalb auch der westliche Teil der Schulstraße in das Sanierungsgebiet einbezogen werden soll und stellt fest, dass man die Neugestaltung der Straßenzüge um das Museum bereits im Zuge der Haushaltsplanberatungen beschlossen habe. Auch die Aufnahme der Flächen lt. Ziffer 5.3 werde befürwortet – hierzu benötige das Gremium im Zuge der weiteren Planungen jedoch noch nähere Informationen. Zur Anmerkung auf Seite 4 der Beschlussvorlage, dass die Neugestaltung der öffentlichen Flächen auch im Hinblick auf die zusätzliche Bereitstellung von öffentlichen Stellplätzen im Parkhaus Ulmer Tor und beim Behördenzentrum Rollinstraße möglich sein sollte, stellt er klar, dass von der CDU-Fraktion eine neue Verkehrsführung in diesen 1b- bis 3er-Lagen nicht befürwortet werde. Oberirdische Stellplätze seien in diesen Lagen absolut unabdingbar. Er hoffe deshalb, dass sich dieser Satz nur auf die Bauzeit bezieht und bittet um Klärung.

StR Keil stimmt der Beschlussvorlage zu und weist darauf hin, dass die Erweiterung des Sanierungsgebietes finanzielle Gründe, die Erhöhung des Förderrahmens, habe. Die Stadt sei dadurch in der Lage, Maßnahmen umzusetzen, die auch den Anliegern – sowohl Geschäften als auch Wohnnutzern – zu Gute kämen. Er weist darauf hin, dass sich die SPD-Fraktion immer für die Weiterführung der Sanierung Marktplatz eingesetzt habe und begrüßt insoweit insbesondere die Aufnahme des Holzmarktes in das Sanierungsgebiet. Auch die Sanierung des Saumarktes sei von der SPD im Rahmen der Haushaltsplanberatungen ausdrücklich beantragt worden. Zum Thema Stellplätze betont er, Biberach besitze ein gutes Stellplatzangebot - bei der fußgängerfreundlichen Gestaltung der Straßenzüge, insbesondere auch

für den Laufkundschaftsverkehr, bestehe jedoch erheblicher Nachholbedarf. Sowohl die Situation am Holzmarkt als auch um das Spital sei für den Fußgänger alles andere als komfortabel. Aus Sicht der SPD-Fraktion müsse sich der Parkplatzsuchverkehr in diesen Bereichen in jeder Linie dem Fußgängerverkehr unterordnen.

StR Compter teilt die Meinung der SPD-Fraktion, begrüßt die Einbeziehung weiterer Flächen und damit die Erhöhung des Förderrahmens und teilt die Erwartung der Verwaltung, die Innenstadt Biberachs hierdurch attraktiver gestalten zu können. Er betont, dass sich diese Maßnahmen bei der Aufnahme in ein separates Sanierungsgebiet zeitlich wesentlich verzögert hätten und dankt insoweit der Verwaltung für das gewählte Verfahren.

StRin Brunner begrüßt die Vorlage ebenfalls und erklärt, es gelte die Weichen für eine fußgängerfreundlichere Stadt zu stellen, der sich der Parkplatzsuchverkehr unterordnen müsse. Die Ausführung sei nach Fertigstellung der Sanierungsmaßnahme Tiefgarage Stadthalle möglich. Die Verwaltung bittet sie, die Gesamtkosten für die Stadt darzustellen.

BM Ogertschnig erklärt, die Maßnahmen würden sukzessive durchgeführt, weshalb die Gesamtkosten erst nach Planung der einzelnen Bereiche dargestellt werden könnten. Für die Neugestaltung des westlichen Marktplatzes lägen dem Bauausschuss die Kosten bereits vor. Er weist des Weiteren darauf hin, dass die Erweiterung eines Sanierungsgebietes vom Verfahren her einfacher sei als die Neuausweisung eines solchen. Letztere sei erst nach dem Abschluss eines bestehenden Sanierungsgebietes möglich. Mit dem Thema „Sanierung Saulgauer Vorstadt“ müsse man sich noch beschäftigen.

Herr Kuhlmann erklärt, er hoffe durch die vorgesehenen Maßnahmen der Stadt auch auf eine Initialzündung für private Investitionen im Sanierungsgebiet Ost. Bislang sei die Nachfrage trotz entsprechender Kommunizierung über die Presse sehr zurückhaltend gewesen – insbesondere für private Sanierungsmaßnahmen im Bereich 1 werde man nochmals verstärkt werben. Er weist darauf hin, dass die Schulstraße im Bereich der Jugendkunstschule bereits Bestandteil des ursprünglichen Sanierungsgebietes „Altstadt“ gewesen sei. Zum Thema oberirdische Stellplätze in den Sanierungsbereichen müsse die Verwaltung und das Gremium prüfen, wie viele Stellplätze im jeweiligen Bereich verträglich sind und wie viele benötigt werden. Eine Änderung der Verkehrsführung sei aber nicht angedacht. Für die Neugestaltung der Straßenzüge um das Museum habe die Verwaltung dem Gremium diesbezüglich bereits 2 Alternativvorschläge zugesagt. Spannend sei hierbei auch der Umgang mit den Bachläufen wie dem Oberen und Unteren Stadtbach. Bei der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen werde man selbstverständlich anstehende Tiefgaragensanierungen berücksichtigen. Die Realisierung sämtlicher Maßnahmen sei deshalb bis 2012 wohl nicht möglich. Sehr froh sei die Verwaltung darüber, dass die Sanierung von Gebieten, die bereits Bestandteil des Sanierungsgebietes „Altstadt“ waren, erneut mit Fördermitteln möglich wird.

StR Kolesch weist darauf hin, dass bei der Neugestaltung des Holzmarktes der weitestgehende Erhalt der Stellplätze beschlossen wurde. Die Klarstellung der für ihn missverständlichen Formulierung in der Beschlussvorlage sei ihm deshalb wichtig gewesen. Investitionen außerhalb von 1a-Lagen seien extrem grenzwertig, wodurch sich auch die Zurückhaltung von privaten Investoren in diesem Bereich erkläre. Von größtem Interesse seien hier oberirdische Stellplätze vor den Gebäuden. Er betont, dass die Stadt Biberach noch relativ gut mit gewerblichen Nutzungen in diesen Bereichen ausgestattet sei.



**Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat daraufhin einstimmig entsprechend den Beschlussanträgen der Verwaltung zu beschließen.**

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 17/2008 zur Vorberatung vor.

BM Ogertschnig schickt voraus, durch den Aufstellungsbeschluss solle der Erlass einer Veränderungssperre bzw. die Rückstellung eines Bauvorhabens – soweit erforderlich – ermöglicht und somit Vertrauensschäden ausgeschlossen werden. Eine Weiterführung des Verfahrens sei derzeit nicht angedacht.

StRin Kübler erklärt, innerhalb der SPD-Fraktion habe die Beschlussvorlage eine große Diskussion ausgelöst. Zwar spreche sich auch die SPD-Fraktion dafür aus, zunächst die 1a-Lage zu fördern, Chancen für eine Weiterentwicklung dürfe man sich jedoch nicht verbauen. Sollten die im Stadtentwicklungskonzept vorgesehenen Quartiere für großflächigen Einzelhandel innerhalb der nächsten 3 Jahre nicht funktionieren, müssten ergänzende Standorte beispielsweise am Bismarckring geprüft werden. Hierdurch ergebe sich die Chance, den Stadt-  
eingang zu attraktivieren; großflächiger Einzelhandel neben dem Bahnhof, dem Parkhaus und dem Dienstleistungszentrum halte die SPD-Fraktion für überlegenswert. Nachdem entsprechend der Aussage von BM Ogertschnig nur die Fassung des Aufstellungsbeschlusses zur Absicherung der Stadt angedacht sei, stimme die SPD-Fraktion der Vorlage jedoch zu.

BM Ogertschnig stellt fest, dass man sich - sofern das Stadtentwicklungskonzept hinsichtlich der angedachten Quartiere für großflächigen Einzelhandel mittelfristig nicht greifen sollte - wie von der SPD angeregt, Gedanken um andere Standorte machen müsse. Derzeit sei dies jedoch noch kein Thema.

**Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat einstimmig, entsprechend den Beschlussanträgen der Verwaltung zu beschließen.**

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 19/2008 zur Vorberatung vor.

BM Ogertschnig erinnert an das bisherige Verfahren und erklärt, die Ausschreibung sei zusammen mit der Bundesbahn entwickelt worden. Erfreulich sei die Entwicklung der Gesamtkosten, wodurch eventuell etwas Geld für die gewünschte Fahrgastinformation übrig bleibe. Dieses Thema könne man bei Bedarf nochmals mit der Bahn diskutieren. Froh sei er über die künftige Anbindung an die Freiburger Straße sowie über das Verhandlungsergebnis, wonach der laufende Unterhalt der Flächen von der Bahn getragen werde.

StR Kolesch ruft die Gesamtkosten des Projektes nochmals in Erinnerung, von denen das Land 2,9 Mio. € und die Stadt 2,3 Mio. €, die Bahn jedoch keinen Cent trage. Dies halte er nach wie vor für einen Skandal. Nicht einzusehen seien vor diesem Hintergrund die in den Gesamtkosten berücksichtigten Zahlungen für Leistungen der Deutschen Bahn sowie für die Bahnsteigausstattung wie Uhren, Wetterschutz, etc. in Höhe von 260.000 €. Zu letzteren erkundigt er sich, wer für Ersatzbeschaffungen in diesem Bereich aufkommen wird. Insgesamt stimme die CDU-Fraktion der Vorlage zu, es werde jedoch darum gebeten, die alternative Ausführung der Fußgängerunterführung in Beton zu prüfen. Er bittet um eine Aussage zur Zuverlässigkeit des günstigsten Bieters und erklärt, es bestünden noch Fragen zur nichtöffentlichen Anlage.

BM Ogertschnig erklärt, hierfür sei zunächst die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

StR Keil stellt fest, dass sich das Streckennetz der Bahn derzeit noch im Eigentum des Bundes befinde und das Eisenbahnbundesamt nicht der Bahn, sondern dem Verkehrsministerium zugeordnet sei. Der Vergleich von StR Kolesch sei insoweit nicht ganz zutreffend. Die SPD-Fraktion sehe die Maßnahme als Bereicherung für das gesamte Umland und begrüße die positive Kostenentwicklung. Den Beschluss hinsichtlich des Verzichts auf ein Fahrgastinformationssystem bittet er nochmals zu überdenken. Er verweist diesbezüglich auf die gute finanzielle Lage der Stadt Biberach sowie auf die wachsende Bedeutung des Bahnverkehrs für Biberach.

StR Compter hält ein Fahrgastinformationssystem zwar für wünschenswert, jedoch nicht für notwendig. Er bittet hierbei auch zu bedenken, dass die Stadt bereits über 2 Mio. € in diese Maßnahme investiert und plädiert dafür, den Zeitplan durch Änderungen nicht erneut in Frage zu stellen. Erfreulich sei die Tatsache, dass die Tiefbauarbeiten trotz ständiger Baukostensteigerungen im Kostenrahmen der Planung bleiben werden.

Auf Anfrage von StRin Brunner erklärt BM Ogertschnig, Förderbänder für Koffer seien nicht vorgesehen, da es einen Aufzug gebe. Er spricht sich für die Ausführung der Unterführungen in Granit aus, der insbesondere auch bei einem Salzeintrag stabiler sei als Beton. Die Finanzierung der Betriebs- und Wiederbeschaffungskosten für Uhren, Fahrkartenautomat etc. werde Herr Rechmann klären. Er plädiert dafür, sich die Option zur Einrichtung eines Fahrgastinformationssystems offen zu halten, die aufgrund des Personalaufwandes jedoch mit der Bahn abzustimmen sei.

StR Kolesch betont, dass die Bahnhöfe nicht Bestandteil des Streckennetzes seien und stellt fest, dass Nutznießer der geplanten Maßnahme die Deutsche Bahn AG sei. Das Verhalten der Bahn, sich weder an den Kosten zu beteiligen und sich sogar zu zieren, die eigenen Kunden zu informieren, könne sich nur ein Monopolist leisten.

BM Ogertschnig weist darauf hin, dass auch die Stadt von der Maßnahme profitiere und bittet darum, sich die Freude über die zeitnahe Umsetzung nicht nehmen zu lassen. Er betont, dass bei derartigen Maßnahmen alle Gemeinden gleich behandelt werden und die Stadt zumindest die Übernahme der Betriebskosten in Höhe von 60.000 € durch die Bahn erreicht habe.

StR Keil spricht sich nochmals für die Einrichtung eines Fahrgastinformationssystems aus und verweist auf die langfristige Entwicklung weg vom Monopol hin zu mehreren Anbietern sowie auf die künftige Flexibilisierung des Fahrplanes.

Zur Klärung der Anfragen bezüglich der nichtöffentlichen Anlage wird die Nichtöffentlichkeit der Sitzung hergestellt.

Herr Rechmann bestätigt die Zuverlässigkeit der Firma Duensing und erklärt, diese habe angekündigt, dass sie die Gewerbesteuer in Biberach abführen wird, nachdem die Baumaßnahme mehr als 6 Monate in Anspruch nehmen wird. Die Ausführung der Unterführungen in Beton anstatt in Granit wäre lediglich ca. 4.200 € kostengünstiger.

Auf Anfrage von StR Kolesch erklärt Herr Rechmann, die Abgabe eines Nebenangebots mit pauschalem Abschlag von 275.000 € auf die Schlussrechnung sei gegenüber der Bahn zulässig. Nach Aussage der Firma handle es sich hierbei um ein Willkommensangebot, da diese künftig zunehmend im Süden tätig sein wolle. Die Zulässigkeit des Angebots sei von Herrn Öchsner, dem Controller, überprüft worden.

Auf Anfrage von StRin Brunner erklärt Herr Rechmann, die Firma Duensing sei in Neustadt bei Hannover ansässig.

**Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat einstimmig, entsprechend den Beschlussanträgen der Verwaltung zu beschließen.**

**TOP 5      Bekanntgaben: Abräumen der Flächen im Baugebiet "Wässerwiesen"**

BM Ogertschnig weist den Bauausschuss darauf hin, dass die Fläche im Baugebiet „Wässerwiesen“ in der kommenden Woche abgeräumt und auch die bestehende Begrünung nach erfolgter Begutachtung und Bewirtschaftung beseitigt werde. Entfernt werden müssten zudem die Reste der Kleingärten (Fundamente, etc.).

## Bauausschuss, 12.02.2008, öffentlich

### Zur Beurkundung:

Vorsitzender: ..... BM Ogertschnig

Stadträtin: ..... Buttschardt

Stadtrat: ..... Hagel

Schriftführerin: ..... Markieton

Gesehen: ..... OB Fettback

Gesehen: ..... EBM Wersch